Rüsselsheim eine Stimme geben.

WsR
Wir sind Rüsselsheim

Die Mitte stärken.

Beschlossen am 23.11.2025 in Rüsselsheim

Präambel

Unsere Geschichte - Aus der Mitte für die Mitte
Nach der Schließung des Lachebades und der Verdopplung der Grundsteuer war für viele von uns das Maß voll. Als Rüsselsheimer haben wir uns vor fast zehn Jahren entschieden, selbst aktiv zu werden und Verantwortung für unsere Stadt zu übernehmen.

Bei der Kommunalwahl 2016 sind wir das erste Mal als unabhängige Wählervereinigung angetreten und wurden drittstärkste Kraft. Bei der Kommunalwahl 2021 sprachen uns 20 % der Wähler ihr Vertrauen aus und wir wurden zweitstärkste politische Kraft in der Stadt, die wir so lieben.
2017 gelang uns die erfolgreiche Abwahl von Patrick Burghardt nach einer für die Stadt verheerenden ersten Amtszeit. Leider konnten wir mit unserem unser Kandidaten Steffen Jobst trotz atemberaubender 42 % Zustimmung, eine zweite Amtszeit von Patrick Burghardt in 2023 nicht verhindern. Die Folgen sehen wir jetzt.

Lokal handeln statt Parteienstreit
Seitdem nutzen wir diese Position, um Dinge in Bewegung zu bringen und Politik und Verwaltung auf die Finger zu klopfen. Unserer kompromisslosen Haltung war es zu verdanken, dass die angeblich alternativlose Straßenbeitragssatzung nun doch nicht kommt und Themen wie Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit wieder auf der Tagesordnung der Rüsselsheimer Politik stehen.
Wir sind der „Anwalt“ aller Einwohner in Rüsselsheim und werden dafür sorgen, dass in Zukunft verantwortungsvoll mit ihren Steuern umgegangen wird und die Verwaltung ihren berechtigten Ansprüchen und Interessen dient.

Zusammenarbeit und Kooperation
In den letzten Jahren haben wir gelernt, dass gerade in der Kommunalpolitik nur Zusammenarbeit und Kooperation zu nachhaltigen und guten Ergebnissen führen. Wir grenzen keine Partei aus und führen keine ideologischen Kämpfe, die besser woanders ausgefochten werden und uns auf kommunaler Ebene keinen Fortschritt bringen.
Zusammenarbeit und Kooperation sind aber auch die erfolgversprechendste Lösung, um gemeinsam mit dem Kreis und den Nachbarkommunen Kosten zu sparen und die Haushaltssituation strukturell zu verbessern.

Den Niedergang überwinden
Die letzten 30 Jahre sind geprägt von einem kontinuierlichen Niedergang der Stadt und einem Maß an Kontrollverlust, den sich unsere Eltern und Großeltern niemals hätten vorstellen können.
Als WsR treten wir in der nächsten Legislaturperiode an, beide Entwicklungen umzukehren.

Wir werden den strukturellen Niedergang der Stadt auf ökonomischer Seite durch die Etablierung einer „Willkommenskultur für Unternehmen“ und eine offensive Ansiedlungspolitik stoppen.
Den sozio-kulturellen Niedergang der Stadt werden wir durch die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort, die gezielte Förderung von Jugendlichen und lokalen Talenten sowie eine gesteuerte Bevölkerungsentwicklung erreichen, die Einwohnerzahl und Stadtentwicklung konsolidiert und die Bevölkerungsstruktur wieder in Einklang bringt.

Die Kontrolle wiedergewinnen
Kriminalität, Verschmutzung und mangelnde Grünpflege. Wettbüros, illegale Spielautomaten und nächtliche Autorennen. Gewaltverbrechen, Einbrüche und Drogenhandel am helllichten Tag und auf offener Straße. Überall erleben und spüren unsere Einwohner den Kontrollverlust des Staates in Rüsselsheim hautnah.
Als WsR werden wir uns diese Kontrolle wieder zurückholen und Recht und Gesetz bei allen Bevölkerungsschichten durchsetzen.
Dort, wo Aufgaben der Stadt in der Vergangenheit an externe Dienstleister vergeben wurden, werden wir deren vertragsgemäße Erbringung zukünftig kontrollieren und bei Defiziten auf Nachbesserungen bestehen.

Die etablierten Parteien CDU, SPD und GRÜNE haben sich die Macht in Rüsselsheim jahrzehntelang geteilt. Man kann sie immer weniger voneinander unterscheiden. Sie streiten oberflächlich, aber konkurrieren kaum mehr um die beste sachliche Lösung.
Selbst dort, wo man sich auf „Lösungen“ einigt, werden diese halbherzig umgesetzt oder durch vermeidbare Fehler bei der verwaltungstechnischen Abwicklung fast zu Fall gebracht.

Das Ergebnis ist ein in Jahrzehnten aufgebauter gewaltiger Schuldenberg, den noch die folgenden Generationen tragen müssen. Gleichzeitig wurde kaum noch in die Erhaltung der Infrastruktur investiert, so dass Straßen, Schulen, Schwimmbäder und Sporthallen in Rüsselsheim in teilweise erbärmlichem Zustand sind.

Die Qualität der Verwaltungsarbeit ist auf einem Tiefpunkt angelangt. Millionen Bauprojekte werden mit unrealistisch hohen „Risikopuffern“ versehen, ja sogar ganz ohne seriöse Kostenkalkulation in die Wege geleitet.
Der Willen der Stadtverordnetenversammlung wird missachtet. Parlamentarische Anfragen nicht mehr beantwortet, beschlossene Anträge des Parlamentes schlichtweg ignoriert. Dokumente werden als „geheim“ deklariert, um Bürger und Stadtverordnete nicht informieren zu müssen.

So darf es nicht weitergehen.
So wird es mit uns nicht weitergehen.

Beschlossen am 23.11.2025 in Rüsselsheim

Wir haben uns vorgenommen in der nächsten Legislaturperiode Rüsselsheim endlich wieder eine Stimme zu geben! Schon viel zu lange entscheiden Politiker über Rüsselsheim, die auch immer landes- und bundespolitische Ambitionen haben und an Parteien gebunden sind, die stets erst überregionale Interessen vertreten.

Die WsR macht Politik in Rüsselsheim für Rüsselsheim.

Inhaltsverzeichnis

1. Arbeitsplätze im Zentrum unseres politischen Handelns
2. Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts
3. Moderner Stadtkonzern mit Dienstleistungscharakter
4. Interkommunale Zusammenarbeit ohne Ausverkauf Rüsselsheimer Interessen
5. Wohnen muss bezahlbar bleiben
6. Es geht um Bildung, nicht nur um Betreuung
7. Unsere Vereine pflegen und ihre Existenz dauerhaft sichern
8. Rüsselsheim – eine Stadt für alle Menschen!
9. Kultur als Aushängeschild unserer Stadt
10. Klima- und Naturschutz

1. Arbeitsplätze im Zentrum unseres politischen Handelns

Mit der Erschließung von Eselswiese und Quartier am Ostpark wird Rüsselsheim auf absehbare Zeit die Grenze von 80.000 Einwohnern erreichen. Für diese Einwohnerzahl müssen schon jetzt Kindergärten, Schulen, Kläranlagen, Straßen und Versorgungsnetze geplant, ausgebaut und finanziert werden.

Schon heute reicht die Schuldentragfähigkeit der Stadt aber nicht aus, um die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an der bereits vorhandenen Infrastruktur zu finanzieren. Mit dem Zuzug neuer Menschen sind zwar auch Mehreinnahmen durch den kommunalen Anteil an der Einkommensteuer zu erwarten, diese werden jedoch nicht ausreichen, um den Investitionsbedarf zu finanzieren.

Wenn wir Rüsselsheim ökonomisch und gesellschaftlich wieder ins Gleichgewicht bringen wollen, müssen wir die Einnahmen durch die Ansiedlung von neuem Gewerbe drastisch erhöhen und neue Arbeitsplätze in Rüsselsheim schaffen.

Rüsselsheim hat sich in den letzten Jahrzehnten von einer innovativen Stadt der Wertschöpfung zu einer x-beliebigen Schlafstadt im Rhein-Main-Gebiet gewandelt.
Die noch vorhandenen kreditfinanzierten investiven Mittel fließen zum überwiegenden Teil in Bereiche, die diesen Status als Schlafstadt für die nächsten Jahrzehnte zementieren werden, wenn wir jetzt nicht konsequent umsteuern.

Die derzeitige schwarz-rot-grüne Rathauskoalition unter Patrick Burghardt hat sich aus dem Wettbewerb um Unternehmen und Gewerbe im Rhein-Main-Gebiet verabschiedet und versucht stattdessen, den ungesteuerten Zuzug von Menschen aus dem Rhein-Main-Gebiet als Erfolg zu verkaufen. Diesem Bevölkerungswachstum liegt keinerlei strategische Stadtentwicklung zu Grunde. Vielmehr ist vollkommen unklar, wie Rüsselsheim die notwendige Infrastruktur für diesen Bevölkerungszuwachs jemals aus eigener Kraft finanzieren soll.

Der Niedergang von Opel als ehemals größtem Arbeitgeber der Stadt wird hilflos zur Kenntnis genommen, ohne die notwendigen Maßnahmen für den Strukturwandel zu ergreifen. Private Investoren werden blockiert oder durch Dilettantismus an der raschen Umsetzung ihrer Projekte behindert.

Ein moderierender Charakter der Stadtplanung ist nicht zu erkennen.

Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing befinden sich im teuren Tiefschlaf. Maßnahmen, die Gewerbe und Handel in unserer Stadt unmittelbar betreffen, wie die

Umgestaltung von Gehwegen oder Wegfall von Parkplätzen vor Geschäften, werden ohne Information oder gar Absprache mit den betroffenen Geschäftsleuten „per Dekret“ durchgesetzt.

Als WsR treten wir an, diese Abwärtsspirale zu durchbrechen und Rüsselsheim wieder zu einem innovativen Ort der Wertschöpfung zu machen, der sowohl für Investoren als auch Unternehmen attraktiv ist und Arbeitsplätze schafft.

Wir werden mit Priorität die Gewerbeflächen auf dem freiwerdenden Opel-Werksgelände und der Eselswiese entwickeln.

Der derzeitige wirtschaftspolitische Ansatz der schwarz-rot-grünen Rathauskoalition lautet, „Investitionen sind nur dann gut, wenn sie die Stadt selbst tätigt.“ Dieses Vorgehen überfordert die Stadt nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch bezüglich der Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Als WsR werden wir uns für eine Politik einsetzen, die durch städtische Investitionen privates Kapital aktiviert und Rüsselsheim wieder auf die Landkarte von Investoren holt.

Seit 2000 haben wir unter Schwarz-Rot-Grün über 10.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren. Damit wurde fast ein Drittel der Rüsselsheimer Wirtschaftskraft vernichtet.

Unsere Verwaltung muss besser werden!
Verwaltung entwickeln und verwaltete Verantwortungslosigkeit beenden.

Die Qualifikation der Mitarbeiter muss in allen Bereichen verbessert werden.
Wir brauchen eine stärkere Kundenorientierung, wenn wir im Standortwettbewerb der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main nicht unter die Räder kommen wollen. Eine schlagkräftige Verwaltung, eine Verwaltung, die schnell und flexibel auf die Bedürfnisse von Investoren eingehen kann, ist die beste Versicherung gegen die Unwägbarkeiten der zukünftigen Entwicklung. Wir müssen eine Verwaltung formen, in der das erfolgreiche Abschließen eines Projektes Herzensangelegenheit eines jeden Mitarbeitenden ist. Eine solche Verwaltung entsteht nicht von heute auf morgen. Sie muss von Dezernenten, die selbst Verantwortung übernehmen und sich für ihre Mitarbeiter verantwortlich fühlen, aufgebaut, weitergebildet und permanent qualifiziert werden. Was wir ebenfalls von anderen erfolgreichen Kommunen lernen können, ist, dass Wirtschaftsförderung Chefsache ist.

Die One-Stop-Agency für Investoren kann immer nur der Oberbürgermeister sein.

Versuche, diese Aufgaben in Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung oder Stadtentwicklungsgesellschaften auszugliedern, sind in der Vergangenheit auch in Rüsselsheim grandios und vor allen Dingen sehr teuer gescheitert.

Als WsR lehnen wir solche Bestrebungen ab.

Rüsselsheim muss zur Stadt der Gründer und der Aufsteiger werden!
Rüsselsheim ist durch den hohen Anteil von Migranten auch eine sehr junge und internationale Stadt. Die damit verbundenen Potentiale gilt es zu aktivieren und für die Stadtgesellschaft nutzbar zu machen.

Gerade junge Menschen mit Migrationshintergrund haben oft notgedrungen eine höhere Bereitschaft, sich selbstständig zu machen und Unternehmen zu gründen. Diese Bereitschaft gilt es nach dem Vorbild Offenbachs zu unterstützen und zu fördern.
Zudem werden wir die Idee eines Gründerzentrums mit integriertem Co-Working-Space in Rüsselsheim erneut verfolgen. Ob dies in Zusammenarbeit mit dem Kreis, privaten Investoren oder beiden umgesetzt werden kann, wird zu prüfen sein.

Rüsselsheim als Stadt der Ausbildung
Neben der Hochschule Rhein-Main, die Dreh- und Angelpunkt der Bildungslandschaft in unserer Stadt ist und deren Ausbau wir weiter aktiv begleiten wollen, hat Rüsselsheim eine Vielzahl von attraktiven Ausbildungsstätten zu bieten.
Diese wollen wir, wo sie sich im direkten Zugriff der Stadt befinden, weiter ausbauen und mit einer einheitlichen Konzeption zur Werbung für den Standort nutzen. Hierzu gehören die Ausweitung der Pflegeausbildung am GPR sowie die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsstellen bei den Betriebshöfen, den Stadtwerken und der Stadtverwaltung.
Ebenso soll die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern ausgeweitet werden. Es muss allerdings klar sein, dass wir hier in vielen Fällen über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden werden, so dass eine Übernahmegarantie nach Abschluss der Ausbildung nicht gegeben werden kann. Aber so übernehmen wir eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Gemeinsam mit dem Kreis werden wir eine Neukonzeption des AVM mit dem Ziel anstreben, dessen Angebot auszuweiten und auf die aktuellen Bedürfnisse anzupassen.
Als WsR werden wir zudem die Idee des Gewerbevereins für eine Ausbildungseinrichtung des Handwerks prüfen.

Wenn die Nachkriegsgeschichte Rüsselsheims eines zeigt, ist es, dass eine erfolgreiche und nachhaltige Integration am besten am Arbeitsplatz stattfindet. In unserer Stadt haben viele Generationen auch deshalb gut und friedlich zusammengelebt, weil sie sich alle

gemeinsam nicht nur als Griechen, Italiener, Türken oder Jugoslawen verstanden haben, sondern gemeinsam „Opler“ waren.

2. Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts.

In eine Stadt, die nicht sicher ist, ziehe ich nicht, wenn ich es mir leisten kann. In einer Stadt, die nicht sicher ist, investiere ich nicht. Und in einer Stadt, die nicht sicher ist, möchte ich auch nicht meine Kinder aufziehen.

Viele Maßnahmen des Stadtmarketings und der „Imagepflege“ wirken vor diesem Hintergrund lächerlich, da Rüsselsheim mittlerweile auch überregional einen verfestigten Ruf als Kriminalitätsschwerpunkt hat.
Die einzige Möglichkeit, hier gegenzusteuern ist, dieses Problem in der Kommunikation und durch konkretes Handeln gemeinsam mit der Landespolizei und dem Bundeskriminalamt offensiv anzugehen und klar zu benennen. Eventuell vorhandene Clan-Strukturen müssen offengelegt und die damit verbundenen Parallelgesellschaften aufgebrochen werden. Schweigen, nur um die Stadt nicht schlecht zu reden, schützt die Kriminellen und verhöhnt die Opfer.

Wir sind in den letzten Jahrzehnten Zeugen eines massiven Verfalls der Sicherheitsarchitektur in unserer Stadt geworden, der viele Bürger massiv verunsichert. Meldungen über Einbrüche in der Nachbarschaft, Überfälle, Diebstähle und Gewalttaten sorgen für Verunsicherung. Einhergehend mit dem kompletten Rückzug der Landespolizei aus dem kommunalen Ordnungsdienst und seit der Häufung von Messerangriffen und Schießereien haben viele Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer den Eindruck, dass es in ihrer Stadt schlicht nicht mehr sicher ist. Dieser Verlust des „subjektiven Sicherheitsgefühls“ ist ein Problem weit über den reinen Kriminalitätsaspekt hinaus oder, um es in Anlehnung an Willy Brandt zu sagen: **„Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts.“**

Kriminalität geht uns alle an!
Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass das Thema Kriminalität nicht die notwendige Priorität bekommt, weil Täter und Opfer bei den großen medial wahrgenommenen Taten bisher fast immer einen Migrationshintergrund hatten und man im Magistrat scheinbar der Meinung ist, dieses Problem sei auf diesen Personenkreis begrenzt und fände in einer abgeschotteten Community statt. CDU, SPD und Grüne müssen endlich verstehen, dass diese Gewalt ein Thema der ganzen Stadtgesellschaft ist und jeden gleichermaßen betrifft. Es gibt bei solchen Vorfällen keine „Unbeteiligten, für die keine Gefahr besteht.” Als gesamte Stadtgesellschaft, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, wird es höchste Zeit, dass wir entschlossen und mit aller Härte reagieren!

Sorgen ernst nehmen
Als WsR haben wir uns von Anfang an konsequent diesem Thema gewidmet und die Sorgen ernstgenommen. Durch den Dreiklang von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

wollen wir Angsträume in unserer Stadt beseitigen und das Sicherheitsgefühl eines jeden Einzelnen stärken. Das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Menschen und Kulturen ist ein hohes Gut, das nicht selbstverständlich ist. Es hat nur dann Bestand, wenn Regeln und Gesetze für alle gelten und von Politik, Verwaltung und Behörden konsequent überwacht, eingefordert und sanktioniert werden.

Videoüberwachung
Gemeinsam mit der Landespolizei und dem Datenschutzbeauftragten des Landes Hessen werden wir ein Konzept zur Videoüberwachung für bestimmte Bereiche des Stadtgebietes umsetzen.
Dieses soll sich nicht nur auf den Innenstadtbereich fokussieren, sondern auch Bereiche wie den Berliner Platz und die Einkaufszentren beinhalten.
Es ist zu überprüfen, wie der Einsatz der Videoüberwachung auch bei der Aufklärung von illegalen Müllablagerungen helfen kann.

Der Staat muss Präsenz zeigen!
Wir halten den Rückzug der Landespolizei aus dem kommunalen Ordnungsdienst für einen Skandal, der in Hessen zu einem Flickenteppich aus kommunalen Stadtpolizeien geführt hat, der die Sicherheitsarchitektur in Hessen nachhaltig schwächt und den Kommunen zusätzliche Kosten aufgebürdet hat. Nichtsdestotrotz musste sich auch Rüsselsheim dieser Aufgabe stellen.
Leider ist in diesem Bereich bisher nur Personal eingestellt worden, ohne die Idee der Stadtpolizei konzeptionell zu unterfüttern. Dies führt schon heute zu Frustration bei den Bediensteten und Einwohnern.
Die Stadtpolizisten fühlen sich nicht respektiert und die Einwohner oft schikaniert.
Gemeinsam mit der Landespolizei und externen Experten für Polizeirecht werden wir ein auf Rüsselsheim angepasstes Konzept für die Stadtpolizei erarbeiten und darauf verbindliche Einsatzrichtlinien für die Stadtpolizisten ableiten, die im gesamten Stadtgebiet gelten. Schulung und Fortbildung der Stadtpolizisten und der Führung der Stadtpolizei auf Ebene des Ordnungsamtes muss ein größerer Stellenwert eingeräumt werden. Die Ausrüstung der Stadtpolizei mit Body-Cams unterstützen wir.
Sollte sich die Sicherheitslage weiter verschärfen und die Ausbildung der Stadtpolizisten ein Niveau erreichen, das einen sicheren Einsatz garantiert, ist eine Bewaffnung der Stadtpolizei zu prüfen.

Umzug des Ordnungsamtes in die Innenstadt
Wir streben an, das gesamte Ordnungsamt in den Kernbereich der Innenstadt umzuziehen, um dort die verschiedenen Ordnungsbehörden zusammenzufassen und die Präsenz zu verstärken.

Parken
Die derzeit geltende Parkplatzsatzung lehnen wir ab und streben eine komplette Überarbeitung gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern in den betroffenen Gebieten an. Wir möchten erreichen, dass kein Anwohner und Besucher Probleme bei der Parkplatzfindung in Rüsselsheim hat.

Die Parkplatzregelung soll vor allem gerecht sein.

Die Anwohner sollen ein Recht haben, in der Nähe ihres Wohnsitzes zu parken, ohne beschränkte Parkzeit durch Schilder und Parkscheiben. Um begrenzte Parkzeiten zu umgehen, sollte den Anwohnern ein Parkausweis zur Verfügung gestellt werden.
Das Parken auf Gehwegen werden wir, soweit räumlich möglich, ortsabhängig wieder legalisieren.

Sicherheit und Sauberkeit gehen Hand in Hand
In den vergangenen Jahren hat sich durch unser massives und beständiges Engagement einiges im Stadtbild zum besseren gewandelt. Straßenreinigung, Grünpflege und Graffitibeseitigung haben Fortschritte gemacht, bleiben aber vielerorts ein Problem, das permanente und konsequente Kontrolle erfordert. Auch hier kann Videoüberwachung ein sinnvolles Mittel sein.

Gerade aktuell sind weggeworfene Lachgaskartuschen für den Drogenkonsum ein besonders ärgerliches Problem. Wenn man diesbezüglich auf Landes- und Bundesebene nicht zu einem konsequenten Verbot kommt, könnte auch ein Pfandsystem zu einer Verbesserung der Situation für die Kommunen vor Ort führen.

Insbesondere die illegale Sperrmüllentsorgung im Wald und auch die längst totgeglaubte Wilderei erfordern eine verschärfte Kontrolle in den Waldgebieten der Stadt und härtere Konsequenzen für die Verursacher.

3. Moderner Stadtkonzern mit Dienstleistungscharakter

Im Fokus unserer Arbeit wird zunächst die Schaffung von modernen Controlling-Strukturen innerhalb der Verwaltung stehen, sowohl bei der Überwachung von Ausgaben und Einnahmen als auch bei der Kontrolle der Qualität der erbrachten Leistungen (z.B. Reinigung und Grünpflege durch den Städteservice Rüsselsheim/Raunheim). Eine Verwaltung, die teilweise noch mit Dienstvorschriften aus dem Jahr 1971 arbeitet, ist nicht das Instrument, mit dem wir im Jahr 2031 arbeiten sollten.

Wir werden die im Bericht des Magistrates zum Personalentwicklungskonzept aufgezeigten Mängel gemeinsam mit dem Personalrat in Angriff nehmen, eine umfassende Aufgaben- und Leistungsbeschreibung für jede Stelle im Rathaus vornehmen und Anforderungsprofile für die einzelnen Mitarbeitenden erstellen, nach denen Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Jung, weiblich und vielfältig
Die Stadtverwaltung ist überaltert und braucht neue, frische Kräfte ohne parteipolitische Scheuklappen. Ein konsequenter Ausbau der eigenen Ausbildung wird neue Ideen und den aktuellen Stand modernen Verwaltungshandelns ins Rathaus bringen.
Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Unter den drei Hauptamtlichen und den Geschäftsführern der vier großen stadteigenen Unternehmen befindet sich keine einzige Frau.

Diese Entwicklung ist nicht zu akzeptieren. Wir werden auch darauf achten, dass Rüsselsheim eine vielfältige Verwaltung aus Menschen unterschiedlichster Herkunft bekommt.
Es ist gerade diese Vielfalt, die einer modernen Bürokratie Stärke und Flexibilität gibt, um auf die Herausforderung unserer Zeit schnell zu reagieren.

Moderner Stadtkonzern mit Dienstleistungscharakter
Wir werden mit dem Aufbau einer echten Konzernsteuerung zur Kontrolle der wirtschaftlichen Beteiligungen und zur Schaffung von Synergieeffekten durch die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben beginnen.
Nachdem diese grundlegenden Voraussetzungen für eine politische Steuerung auch in Rüsselsheim geschaffen sind, werden wir uns daran machen, den Dienstleistungsgedanken in der Verwaltung zu stärken. Gerade für Klein- und mittelständische Betriebe muss die Verwaltung ein starker Partner sein, der diese entlastet und nicht noch stärker belastet.
Wir werden in der Verwaltung zentrale Anlaufpunkte schaffen, die den Kontakt zu den Einwohnern aufrechterhalten, während im Hintergrund die Verwaltung in den verschiedenen Abteilungen selbsttätig ihre Anliegen weiterleitet und bearbeitet. Es kann nicht sein, dass

jemand, der sich mit einem Anliegen an die Verwaltung wendet, heute noch nicht einmal eine Bestätigung des Eingangs seiner E-Mail erhält.

Digitalisierung
Wir werden zunächst die Erfahrungen mit der Digitalisierung der Verwaltung in anderen vergleichbaren Kommunen evaluieren und danach schlüsselfertige und bereits bewährte Lösungen für Rüsselsheim übernehmen. Auch in Rüsselsheim muss das Rad nicht immer wieder neu erfunden werden. Teure Eigenentwicklungen, die oft nur der Profilierung von Lokalpolitikern dienen, lehnen wir ab.
Bei der Digitalisierung von Prozessen mit Bürger-Kontakt werden wir darauf achten, dass weniger technisch affine Menschen nicht vom Angebot ausgeschlossen werden.

Haushalt
Der Haushaltsplan der Stadt Rüsselsheim ist im aktuellen Zustand nicht das Papier wert, auf dem er gedruckt ist. Es werden Planzahlen auf Grundlage von Planzahlen von Planzahlen von vor drei Jahren beschlossen. Die Produkte orientieren sich mehr an verwaltungsinternen Strukturen als an konkreter Leistungserbringung. Kennzahlen sind selten und, wo vorhanden, oftmals nicht aktualisiert und schon gar nicht überprüfbar. Die Haushaltsansätze in den Bereichen Personal- und Dienstleistungen sind, genauso wie die Prognose der Gewerbesteuereinnahmen, nahezu willkürlich gewählt.

Wir werden darauf bestehen, dass der Magistrat in Zukunft keinen Haushalt mehr vorlegt, bei dem die Zahlen für das Ergebnis des vorvorherigen Jahres nicht durch das Rechnungsprüfungsamt ordentlich festgestellt wurden.

Wir werden direkt nach der Wahl darauf drängen, dass der Haushalt nach Vorbild des Kreishaushaltes „entrümpelt“, Produkte definiert und auch über die Jahre vergleichbare Kennzahlen festgelegt werden.

Die Erstellung eines Gesamtabschlusses ist für uns die conditio sine qua non, ohne die es keine Zustimmung zum Haushaltsplan unsererseits geben wird.

Kein Verkauf von Gewobau, Stadtwerken und Krankenhaus
Die vergangenen zwei Jahrzehnte haben gezeigt, dass kommunale Daseinsvorsorge in privater Hand keine gute Idee ist. Wir sprechen uns daher klar gegen einen Verkauf oder die Teilprivatisierung unserer städtischen Unternehmen aus.
Klar muss aber auch sein, dass diese dennoch wirtschaftlich zu führen sind. Die dauerhafte Subventionierung unrentabler Bereiche ist im Hinblick auf deren Nutzen für die Allgemeinheit genau abzuwägen. Unabhängig davon stellt die massive Verschuldung der wirtschaftlichen Beteiligungen der Stadt Rüsselsheim (2025: 352.701.000 Euro) bei wieder steigenden Zinsen ein weiteres großes finanzielles Risiko für unsere Stadt dar.

Eine weitere Schwächung der Gewobau durch den missbräuchlichen Einsatz für unrentable Projekte der Stadtentwicklung, wie den Ankauf von Leerständen in der Innenstadt, lehnen wir ab.

4. Interkommunale Zusammenarbeit als Schlüssel zur Haushaltskonsolidierung

Als WsR begrüßen wir die Zusammenarbeit von Kommunen, wenn sie für die Bürger einen Mehrwert bringt, Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert und Kosten spart. Bei vielen Maßnahmen, die wir in den vergangenen Jahren in diesem Bereich erleben mussten, sind allerdings erhebliche Zweifel angebracht, ob die uns öffentlich verkauften Erwartungen erfüllt wurden.

Es wird unsere Aufgabe sein, alle Projekte in diesem Bereich einer genauen Aufgabenkritik zu unterziehen und eine ehrliche Bilanz der bisherigen Arbeit zu formulieren:

• Was haben das Smart City Forum, das Städtenetzwerk und der Zweckverband Fernost oder die Zahlungen an die Standortmarketinggesellschaft Region Frankfurt Rhein Main GmbH bisher für Rüsselsheim gebracht?
• Wo war der Mehrwert für die Rüsselsheimer Einwohner?
• Was können wir von ihnen zukünftig erwarten?
• Und vor allen Dingen: Was kosten sie uns überhaupt?
• Und wären diese Mittel nicht anderweitig sinnvoller eingesetzt?

Erst wenn diese vollständige Transparenz hergestellt ist, lassen sich grundlegende Entscheidungen über die zukünftige Ausrichtung der interkommunalen Zusammenarbeit treffen.

Für den Erhalt der Kreisklinik
In der Corona Zeit haben wir schmerzhaft gelernt, wie wichtig es ist, ausreichend Bettenkapazitäten für den Krisenfall vorzuhalten. Auch für die Forderung nach „Kriegstüchtigkeit“ müssen mehr Mittel als bisher in den Zivilschutz fließen. Das Vorhalten von Bettenkapazitäten für den Krisen- und Katstrophenfall, die im Normalfall nicht benötigt werden, ist dafür von zentraler Bedeutung, aber auch teuer.

Die Menschen im Kreis Groß-Gerau können froh sein, dass sie noch zwei funktionierende Krankenhäuser haben, und als WsR werden wir auch Zukunft sorge dafür tragen, dass Rüsselsheim einen fairen Beitrag dazu leistet.

Gemeinsam mit dem Kreis müssen aber Lösungen gefunden werden, um die Kosten zu senken. GPR und Kreisklinik müssen in einem gemeinsamen Krankenhausverbund zusammengeschlossen werden, um beide Standorte zu erhalten und trotzdem Effizienzgewinne und Skaleneffekte für Einsparungen zu nutzen.

5. Wohnen muss bezahlbar bleiben

Wohnraum in der Rhein-Main-Region ist teuer und knapp. Als WsR sehen wir die Politik in der Pflicht, neuen Wohnraum zu schaffen und alten zu sanieren.
Schon in der Vergangenheit hat Rüsselsheim hierbei immer wieder mehr als das Notwendige getan und eine Vorreiterrolle im Bereich des sozialen Wohnungsbaus eingenommen. Diesen Standard wollen wir auch für die Zukunft stabil halten, ohne dabei zusätzliche Lasten für die Umlandkommunen zu übernehmen.

Haus- und Grundbesitzer entlasten
Die erneute Erhöhung der Grundsteuer auf 921 Punkte und die Ausweitung der Straßenreinigungsgebühren auf 3000 Betroffene hat gerade Familien und ältere Menschen in Rüsselsheim stark belastet.

Wir werden eine Konsolidierung des Haushaltes ausschließlich über Steuer- und Gebührenerhöhungen auch in der nächsten Wahlperiode nicht mittragen.

Die WsR wird die Straßenreinigungsgebühren abschaffen
Als WsR werden wir nach der Wahl die Straßenreinigungsgebühren abschaffen und durch allgemeine Steuern finanzieren. Öffentliche Aufgaben müssen auch durch die Öffentlichkeit finanziert werden.

Aber auch die Reinigungspflicht der Anwohner bezüglich Rinnsteine und Gehwegen werden wir in Zukunft wieder nachdrücklicher kontrollieren.

Straßenbeiträge verhindern
Als den bisher größten Erfolg unserer Arbeit sehen wir die Verhinderung der Straßenbeitragssatzung für Rüsselsheim. Diese hätte jeden Monat zusätzliche Belastungen für alle Hausbesitzer, aber auch für Mieterinnen und Mieter bedeutet.
Erst durch unsere kompromisslose Haltung kamen die Parteien im Rüsselsheimer Parlament nach und nach zur Vernunft.

Zwar herrscht derzeit ein breiter Konsens darüber, dass es in Rüsselsheim auch in Zukunft keine Straßenbeitragssatzung geben wird, dennoch ist diese Bedrohung aufgrund der katastrophalen Haushaltslage näher als je zuvor.

Wir werden uns auch in Zukunft gegen jede Form der Straßenbeitragssatzung erbittert wehren und alle politischen und rechtlichen Mittel ausschöpfen.

Stadtentwicklung mit Verstand

Mit der Erschließung von Eselswiese, Quartier am Ostpark und Altwerk wird Rüsselsheim auf absehbare Zeit die Grenze von 80.000 Einwohnern erreichen. Für diese Einwohnerzahl müssen schon jetzt Kindergärten, Schulen, Kläranlagen, Straßen und Versorgungsnetze geplant, ausgebaut und finanziert werden. Schon heute reicht aber die Schuldentragfähigkeit der Stadt nicht aus, um die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an der bereits vorhandenen Infrastruktur zu finanzieren.

Mit dem Zuzug neuer Menschen sind zwar auch Mehreinnahmen durch den kommunalen Anteil an der Einkommenssteuer zu erwarten, aber diese werden nicht ausreichen, um den Investitionsbedarf zu finanzieren. Wir werden deshalb zu Beginn der nächsten Wahlperiode gemeinsam mit den Rüsselsheimer Einwohnern und Fachleuten nach dem Vorbild Raunheims eine maximale tragfähige Bevölkerungszahl für Rüsselsheim definieren, die allen zukünftigen städteplanerischen Maßnahmen als Richtschnur dienen wird.

Es muss jedem klar sein, dass Rüsselsheim nicht unbegrenzt wachsen kann.
Schon jetzt lehnen wir die geplanten Nachverdichtungen im Bereich des Geschoßwohnungsbaus der Gewobau ab. Diese senken die Wohnqualität und beinträchtigen das Wohnumfeld der betroffenen Gebiete massiv.

Die planerisch begründete Begrenzung der Bevölkerungszahl ermöglicht uns eine schrittweise Verbesserung der Wohnqualität und eine dynamische Stadtentwicklung hin zu einer sozial ausgewogeneren Bevölkerungsstruktur.

Städtebauliche Konsolidierung
Rüsselsheim hat nach Jahren des Stillstandes mit dem Quartier am Ostpark und der Eselwiese zwei große Projekte in der Entwicklung, die die Verwaltung bis auf das Äußerste auslasten.

Hinzu kommen die Flächen auf dem ehemaligen Opel-Werksgelände. Wir sollten nun in eine Phase der städtebaulichen Konsolidierung eintreten und die Verwaltung diese drei großen Projekte abarbeiten lassen, bevor wir übereilt neue Flächen in Angriff nehmen. Wir müssen auch schauen, wie sich die Entwicklung dieser Quartiere auf das Gesamtgefüge der Stadt auswirkt, um mit den verbliebenen Flächen notfalls nachsteuern zu können. Hinzu kommt der massive Sanierungsstau an der bereits vorhandenen Infrastruktur, der schneller als in der Vergangenheit geschehen, abgearbeitet werden muss.

Diese ganzen Entwicklungen müssen zudem auch noch von der Stadt finanziert werden können. Hierzu bedarf es einer soliden Planung und Prioritätensetzung, die bisher nicht einmal ansatzweise zu erkennen ist.

Autoritäre und intransparente Alleingänge sind leider genau das, was wir Rüsselsheimer aus der Vergangenheit kennen und was die Innenstadt in die bis heute andauernde Krise geführt hat.
Dies darf sich nicht wiederholen, auch wenn im Rathaus zurzeit stärker als je zuvor genauso gearbeitet wird.

Die demographische Entwicklung ernst nehmen und aktiv beeinflussen
Rüsselsheim erfährt seit 30 Jahren einen massiven Wandel in der Bevölkerungsstruktur, der nur bis zu einem gewissen Maß für die Stadt wirtschaftlich und sozial verkraftbar ist.
Wir müssen Lösungen erarbeiten, wie wir diesen Prozess stoppen und umkehren und die hier vorhandenen qualifizierten Kräfte auch an den Wohnort Rüsselsheim binden können.
Zu sagen, „wir müssen wieder stolz auf Rüsselsheim sein“, reicht hierbei nicht.

Die Stadt muss Hochqualifizierten konkrete Angebote machen. Wir brauchen ein sicheres und sauberes Stadtbild, wir brauchen gut ausgestattete Schulen, eine gute Kinderbetreuung, hochwertige Kultureinrichtungen und attraktive Wohngebiete. Und an diesen Themen muss konsequent, nachhaltig und über einen längeren Zeitraum konzentriert gearbeitet werden.

Unsere Stadtteile – Die eigentliche Stärke unserer Stadt
Wir werden alles daransetzen, unsere Stadtteile zu stärken und die bisherigen Einkaufszentren, die vielfach Probleme haben, diese Funktion überhaupt noch zu erfüllen, zu echten Stadtteilzentren weiterzuentwickeln. Öffentliche Nutzungen in diesen Stadtteilzentren, wie die ehemaligen Stadtbüros oder die Stadtteilbücherei in Königstädten, können hierbei wichtige Ankerfunktionen übernehmen und sind deshalb nicht nur unter finanziellen Aspekten zu betrachten.
Eine zentrale Funktion kommt hierbei ebenfalls den Schulen zu.
Wir brauchen eine Schulentwicklungsplanung, die alle Schulstandorte sichert und bei der am Ende keine Schule - und ganz besonders nicht die Gerhart-Hauptmann-Schule - hinten runterfällt. Ziel ist es, in der nächsten Wahlperiode die Gerhart-Hauptmann-Schule zu sanieren und bauliche Veränderungen vorzunehmen.

Die Innenstadt als Stadtteil begreifen
Ihre zentrale Funktion als „Einkaufszentrum von Rüsselsheim“ hat die Innenstadt spätestens seit der Schließung von Karstadt verloren. Diese Funktion werden wir auch nicht wieder zurückholen können. Hierzu ist der Konkurrenzdruck durch die benachbarten Städte des Rhein-Main-Gebiets zu groß, und die Wege zu diesen sind zu kurz. Was wir erreichen können, ist, die Innenstadt in einen funktionierenden Stadtteil zu verwandeln, der seinen Bewohnern ein attraktives Wohnumfeld bietet. Hieran werden wir in der nächsten Wahlperiode konsequent arbeiten.

Beschlossen am 23.11.2025 in Rüsselsheim

Entwicklung des ehemaligen Opel Werksgeländes als zentrale Aufgabe
Für die Stadt Rüsselsheim, die gesamte Region Rhein-Main und das Land Hessen sind die Gebäude des Opel Altwerks einmalig. Es sind beispielhafte Industrieanlagen, die Zeugnis ablegen von bedeutenden historischen Ereignissen in der Unternehmens- und Industriegeschichte.
Sie dokumentieren wichtige Leistungen in Architektur und Ingenieurwesen und haben für Rüsselsheim durch ihre schiere Größe und die Lage an der historischen Achse zum Fluss eine große Bedeutung.
Die Konversion und die damit verbundene Erschließung des Areals für die Allgemeinheit ist eine einmalige Chance für unsere Stadt. Für uns ist klar, dass bei jeglicher Entwicklung das gesamte Areal zu betrachten ist, einschließlich der Flächen westlich des jetzt im Fokus stehenden Teils.

Hier muss in der historischen Bausubstanz ein neuer Stadtteil entstehen, der Wohnen, Handel und Gewerbe in einem wirtschaftlich tragbaren Verhältnis zueinander beherbergt. Wohnungen für Studierende können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

6. Es geht um Bildung, nicht nur um Betreuung

Kindertagesstätten und Betreuungsschulen sind für uns Bildungseinrichtungen.
Nicht zuletzt dienen sie dazu, allen Kindern einen gleichberechtigten Start ins Leben zu gewährleisten – unabhängig von Einkommen und Herkunft der Eltern.

Für uns ist aber auch wichtig, dass Erziehung an erster Stelle Aufgabe der Eltern ist.
Unsere Kindergärten können nicht alles kompensieren, was in den ersten Lebensjahren versäumt wird.

Bei Kindern, die wiederholt und dauerhaft durch Fehlverhalten und Respektlosigkeiten gegenüber Mitarbeitenden auffallen, wird seitens der Stadt aktiv auf die Eltern zugegangen und durch verpflichtende Kurse zur Kindererziehung Hilfe geleistet.

Wir haben gesehen, dass die Erhöhung der Gehälter in den letzten Jahren für Erzieherinnen und Erzieher das Problem des fehlenden Personals nicht wirklich lösen konnte. Neben einer angemessenen Bezahlung müssen wir deshalb in Rüsselsheim auch dringend die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher verbessern. Der hohe Krankenstand im Dezernat zeigt, dass hier einiges im Argen liegt.
Es muss attraktiver werden, in Rüsselsheim in einer Kindertagesstätte zu arbeiten.
Der Krankenstand muss reduziert werden, Überstunden müssen abgebaut und Spitzenbelastungen vermieden werden.

Außerdem ist es uns auch ein Anliegen, mehr männliche Bewerber als Erzieher zu gewinnen, um gerade Jungen schon früh mit positiven männlichen Rollenbildern in Kontakt zu bringen.

Für Schichtarbeiter werden wir uns gemeinsam mit Unternehmen vor Ort für eine Kita mit erweiterten Öffnungszeiten einsetzen, die für alle Rüsselsheimer mit Bedarf an einem solchen Angebot offen sein wird.

Kita-Bezirke: Die Eltern bzw. Personensorgeberechtigten können ihr Kind stadtteilnah in der Kita anmelden. Die Anmeldungen werden jedoch je nach Sprachstand gelenkt, so dass mindestens 50 % deutschsprachige Kinder in einer Kita-Gruppe sind und andere Kinder von der Peer-Group lernen können.

Handynutzung und digitale Hilfsmittel in Kindergärten und Grundschulen sehen wir kritisch und werden deshalb auch den WLAN-Ausbau beschränken.

Beschlossen am 23.11.2025 in Rüsselsheim

Alle Schulen und Kitas sanieren – aber mit Plan!
Nach derzeitigen Schätzungen gibt es in den nächsten Jahren einen Bedarf in Höhe von 250 Millionen Euro für Schulsanierungen. Hinzu kommen geschätzt 50 Millionen Euro für die Sanierung und den Neubau von Kindertagesstätten.
In der aktuellen Finanzplanung sind aber nur 109,0 Mio. € für den Abbau des Sanierungsstaus sowie die Digitalisierung an den Rüsselsheimer Schulen bis 2029 geplant.

Für diese 300 Millionen Euro Investition in die Bildung unserer Kinder gibt es keinen Budget- und keinen Finanzplan. Eine unserer ersten Aufgaben wird es sein, gemeinsam mit den Schulgemeinden eine Priorisierung der Maßnahmen vorzunehmen und die Frage der Finanzierung dieser 300 Millionen Euro Investitionskosten zu klären.

Unser wichtigstes Ziel hierbei ist es sicherzustellen, dass keine Schule und keine Kita am Ende unberücksichtigt bleiben muss, weil der Stadt vor Beendigung aller Maßnahmen dann plötzlich doch das Geld ausgeht.

Bildung ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Aufstieg.
Gerade in einer so heterogenen Stadt wie Rüsselsheim ist sie auch der einzige Weg, Chancengerechtigkeit für die hier lebenden Menschen sicherzustellen. Schulen und Kindergärten sind mehr als „Lern- und Aufbewahrungsorte“.
Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass sie auch wichtige Rückzugsräume für Kinder und Jugendliche sind, die sich nur sehr bedingt durch digitalen Unterricht ersetzen lassen. Als WsR stehen wir zu unserer kommunalen Aufgabe, die räumliche und sachliche Ausstattung unserer Schulen und Kindergärten auch für die Zukunft sicherzustellen.

Das heißt aber auch, dass dies auf Grundlage einer soliden Finanzplanung stattfinden muss, die derzeit in Rüsselsheim nicht zu erkennen ist.

Containerbauten
Wir sehen die Beschulung von Schüler*innen in Containerbauten sehr kritisch. Zumal angekündigte „Provisorien“ in Rüsselsheim überaus lange Bestand haben können. Viele von uns wurden selbst in ihrer Schulzeit über viele Jahre in den „Pavillons“ an der Kant-Schule untergebracht.
Zudem sind Containerbauten auch nicht annähernd so kostengünstig, wie man vielleicht denken könnte und klimapolitisch sowieso abzulehnen. Wir werden die Beschulung von Schülern in Containern so schnell wie möglich beenden.
Wir werden in Kooperation mit dem staatlichen Schulamt darauf hinwirken, dass Bildungserfolge an unseren Schulen evaluiert werden und bei Bedarf entsprechende Optimierungsmaßnahmen mit den Schulgemeinden erörtert und durchgeführt werden. Digitalisierung ist ein zentrales Zukunftsthema im Bildungsbereich. Zugleich ist es sehr

kostenintensiv, da Hard- und Software bereitgestellt und gewartet sowie Fortbildungen organisiert werden müssen. Hier wird es unser Bestreben sein, entsprechende Fördermittel des Bundes zu akquirieren, um an der Entwicklung zu partizipieren. Teure Alleingänge und von parteipolitischem Prestigedenken geprägte Sonderwege wie bisher lehnen wir ab.

Musterbauten entwerfen und bauen

Die Prognosen zeigen weiteren Bedarf an Kindertagesstätten und Grundschulen, weshalb wir prüfen werden, ob diese standardisiert auf Grundlage eines Musterplans errichtet werden können, um Kosten zu senken. Seit 2006 errichtet Frankfurt Turnhallen an Schulen im Baukastensystem. Von diesem Vorbild wollen wir lernen und es auf Rüsselsheim anwenden.

Schüler und Handwerk zusammenführen

Inzwischen ist deutschlandweit in bestimmten Branchen, insbesondere im Handwerk, der Fachkräftemangel deutlich spürbar. Unternehmen könnten mehr Aufträge abarbeiten, wenn genügend Facharbeiter vorhanden wären.
Hier werden wir in den Dialog mit den Unternehmen treten und vorschlagen, junge Schüler bereits in der Sekundarstufe I an die Betriebe heranzuführen, damit sie einerseits die Arbeit im Handwerk kennenlernen und andererseits gleichzeitig die Vorzüge selbst verdienten Geldes erleben und Gefallen an einer dualen Ausbildung entwickeln können.
Eine Idee hierzu wäre die Einrichtung einer „Minijobbörse“, um beide Seiten zusammenzubringen.
Zudem streben wir für die verschiedenen Ferienabschnitte „Projektarbeit“ in den Schulen an, bei denen im Werkstattunterricht Praxiserprobungen durchgeführt werden.

7. Unsere Vereine pflegen und ihre Existenz dauerhaft sichern

Unsere Vereine tragen in Rüsselsheim traditionell viel zum Zusammenhalt der Stadtgesellschaft bei und haben wichtige Funktionen bei der Integration neuer Bürger. Vereine zu fördern und zu unterstützen war und ist zentrale Aufgabe jedes politisch Verantwortlichen. Wahr ist aber auch, dass viele Vereine, egal ob in kulturellen, sportlichen, sozialen oder in Bereichen des Naturschutzes in den letzten Jahren verstärkt Probleme durch fehlenden Nachwuchs haben. Einige Vereine mit teils über hundertjähriger Geschichte mussten sich bereits auflösen. Um diese Entwicklung aufhalten und kanalisieren zu können, muss die Stadt hierbei eine verstärkte Manager- und Moderatorenfunktion wahrnehmen, die sie bisher nicht ausreichend ausfüllt.
Die Zusammenlegung von Vereinen, aber auch die Übergabe von leer werdenden Vereinsgeländen an andere Vereine muss besser organisiert werden, um zukunftsfähige Strukturen zu schaffen, die auch weiterhin eine große Angebotsbreite für die Rüsselsheimer Bevölkerung sicherstellen. Wir werden die Vereinsförderung auch für die Zukunft auf eine sichere Basis stellen. Wir werden Zuschüsse an Vereine vertraglich so absichern, dass sie auch während einer vorläufigen Haushaltsführung rechtlich sicher ausgezahlt werden können.

Dabei ist uns bewusst, dass Vereine mit eigenen Anlagen einer besonderen Förderung bedürfen, um im Wettbewerb zu bestehen.

Schwimmbäder und Bademöglichkeiten
Die Schließung des Opel-Bades und der vollkommen unnötige Abriss des alten Lachebades sind schwere Schläge für das Freizeitangebot in unserer Stadt gewesen. Anstatt das bisherige Hallenbad für 7,4 Millionen Euro zu sanieren, baute man ein neues Sportbad für fast 20 Millionen Euro, das in seinem Angebot dem alten Lachebad in jeder Hinsicht nachsteht. Zwar erfüllt es den Zweck für einige Vereine, ist aber sicherlich kein Angebot, Schwimmen als Massensport in Rüsselsheim wieder zukunftsfähig zu machen.

Ebenso wird ein Antrag der WsR Fraktion auf eine behutsame Sanierung des Waldschwimmbades seit fast einem Jahrzehnt vom Magistrat blockiert. Auch aus Sicherheits- und Gesundheitsgründen werden wir in der nächsten Wahlperiode dem Thema Schwimmen einen besonderen Stellenwert einräumen. Wir werden das Waldschwimmbad behutsam sanieren und dabei seinen speziellen Charme, der vielen Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimern seit Jahrzehnten ans Herz gewachsen ist, erhalten.

Ebenso werden wir das Schwimmbad in der Helen-Keller-Schule endlich sanieren.

Die Öffnungszeiten des Sportbades an der Lache werden wir so gestalten, dass wieder mehr „normale“ Bürger dieses auch in den frühen Morgenstunden nutzen können, und

schließlich werden wir im Bereich des Neubaugebietes Eselswiese die Schaffung einer weiteren Schwimm- und Bademöglichkeit prüfen. Hierbei sehen wir in der Schaffung eines Naturerlebnisbades nach Vorbild des Naturerlebnisbads in Bingen am Rhein eine ganz besondere Chance.

Bürgerbeteiligung, Ehrenamt und Transparenz
Für die Förderung und Forderung bürgerschaftlichen Engagements gibt es keine Patentrezepte.
Noch immer fehlt in unserer Stadt auch hier die erforderliche Professionalität. Denn für das Aufspüren, die Aktivierung und die Vernetzung von Initiativen, deren Coaching und die Sicherung der Dauerhaftigkeit werden von Politik und Verwaltung ganz neue Kompetenzen verlangt. Es ist daher eine Zukunftsaufgabe, die Verwaltung auf diese Anforderungen vorzubereiten.
Wo wir in der Lage sind, zwischen öffentlich finanzierter und bürgerschaftlich organisierter Bereitstellung zu wählen, muss die bürgerschaftliche Alternative ernsthaft in Erwägung gezogen werden - und dies nicht nur aus finanziellen Gründen.

Das praktische Erleben persönlicher Eigenverantwortung und Solidarität in der Gemeinschaft sind ein Gewinn für die Lebensqualität eines jeden Einzelnen. Wer aber ehrenamtliches Engagement rein auf den Kostenfaktor reduziert, verkennt dessen besondere ideelle und soziale Qualität und erzeugt ein unnötiges Konfliktverhältnis zwischen ehrenamtlich und bezahlt Tätigen. Ehrenamtliches Engagement kann nicht der Ersatz von öffentlicher Daseinsvorsorge sein, sondern kann diese immer nur ergänzen. In der Vergangenheit wurde Haushaltskonsolidierung allzu oft auf dem Rücken ehrenamtlich Engagierter vollzogen, die ohnehin schon vielfach an ihrer Belastungsgrenze sind.

Wir werden dafür sorgen, dass ehrenamtliches Engagement in Zukunft stärker wertgeschätzt wird, dass die ehrenamtlich Engagierten in allen Bereichen von der Verwaltung mit dem notwendigen Respekt behandelt und ihre Kompetenzen als Erstes abgerufen werden, bevor externe Berater ohne Ortskenntnis bezahlte Gutachten erstellen.
Denn zur Bürgerbeteiligung gehört auch, die Bürger ernst zu nehmen und Projekte vor der Umsetzung mit den Betroffenen zu diskutieren. Wer erst beschließt, Mainvorland, Marktplatz, Frankfurter Straße und Friedensplatz umzubauen und danach die Bürger zu einem Innenstadtdiskurs einlädt, der nimmt die Menschen nicht ernst. Wer ein Parkpflegewerk für mehrere 10.000 Euro in Auftrag gibt, dann jährlich 100.000 Euro in den Haushalt einstellt, um dieses umzusetzen und danach plötzlich über die Gestaltung des Parks mit den Bürgern sprechen will, der verschwendet ihre Zeit für Symbolpolitik und vernichtet zukünftiges bürgerschaftliches Engagement.

Beschlossen am 23.11.2025 in Rüsselsheim

Partnerstädte - Stärkung des europäischen Gedankens

Mit unseren Partnerstädten Evreux, Rugby, Kecskemét und Varkaus ist unsere Stadt in Europa gut vernetzt. Leider wird gerade in unserer heutigen Zeit, in der europakritische Stimmen immer noch weiter zunehmen, zu wenig aus diesen vier Partnerschaften gemacht.
Städtepartnerschaften dürfen keine alleinige Angelegenheit der jeweiligen Protokollabteilungen der Rathäuser bleiben, sondern müssen von den Stadtgesellschaften der beteiligten Städte aktiv gelebt werden.
Wir werden den Vereinen und Schulen verstärkt Anreize geben, diese Partnerschaften wieder mit Leben zu füllen und den europäischen Austausch wieder aufleben zu lassen.

8. Rüsselsheim eine Stadt für alle Menschen!

Rüsselsheim hat sich in den letzten Jahren zu einer Stadt mit einer extrem heterogenen Bevölkerungsstruktur entwickelt. Dies bleibt nicht ohne Spannungen. Die Spaltlinien sind hierbei vielfältig, verlaufen oft kreuz und quer durch die einzelnen Bevölkerungsteile und lassen sich nicht auf einfache Erklärungsmuster verengen. Bildung, Alter, Geschlecht, Religion sowie soziale, kulturelle und geographische Herkunft ergeben oftmals eine Mischung, die selbst den Betroffenen nicht immer klar ist.
Bildungsferne und bildungaffine Migranten sind sich oft fremder als deutsche und zugewanderte Eigenheimbesitzer. Wenn das Zusammenleben in einer solch heterogenen Gemeinschaft aber gelingen soll, bedarf es der Anerkennung von Toleranz und Respekt voreinander und der Akzeptanz der hier geltenden Regeln. In der Vergangenheit wurde aus politischen Gründen und falsch verstandener Toleranz zu oft versäumt, diesen Respekt einzufordern und Regeln durchzusetzen.

Dies werden wir beenden.
Egal wie unangenehm es ist, wie aufwändig es ist und wie groß die Sprachbarrieren auch sein mögen, als WsR werden wir die Verwaltung und die Ordnungskräfte dazu bringen, Regeln bei allen Bevölkerungsteilen gleichermaßen durchzusetzen.
Wir gehören nicht zu denen, die behaupten, dass das Zusammenleben der Menschen verschiedener Herkunft in Rüsselsheim reibungslos verläuft. Unterschiedliche Werte, Lebensformen und kulturelle Prägungen sorgen in den unterschiedlichsten Bereichen für Spannungen und Konflikte.
Bleiben diese ungelöst und schwelen im Verborgenen, entstehen Parallelgesellschaften. Die unterschiedlichen Gruppen ziehen sich in ihre unmittelbare Lebenswirklichkeit zurück und leben nebeneinanderher. An vielen Orten ist dies in unserer Stadt bereits zu beobachten.

Es geht darum, diese Konflikte klar zu benennen und zu moderieren. Entstandene Parallelgesellschaften müssen aufgebrochen und die Menschen wieder an die Stadtgesellschaft herangeführt werden.

Es bedarf hierzu eben aber auch einer klaren Durchsetzung von Regeln und für alle gültige Werte.

Ein „Wegschauen“ staatlicher Organe darf es nicht geben – egal ob beim Falschparken vor der ShishaBar oder bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Selbstverständlich sind hierbei zunächst die Zugewanderten in der Pflicht sich anzupassen, aber auch die Stadt hat die Verpflichtung, für alle hier lebenden Menschen, egal welcher Herkunft, für Chancengerechtigkeit zu sorgen.

Eine gute Sprachförderung in qualitativ hochwertigen Kindergärten mit gut ausgebildetem Personal ist hierbei unabdingbar, um diese Chancengerechtigkeit in Zukunft von Beginn an zu gewährleisten.

Integration braucht Vorbilder

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen, wie alle anderen Jugendlichen, aber auch Inspiration und Motivation. Sie brauchen Vorbilder aus ihrem Kulturkreis, die ihnen zeigen, dass man es in „dieser Gesellschafft schaffen kann".
Diese Vorbilder, egal ob Geschäftsleute, Wissenschaftler, Künstler oder Sportler, gibt es in unserer Stadt zur Genüge. Diese gilt es stärker als bisher in das Bewusstsein der Menschen zu rücken. Warum gibt es zum Beispiel keinen Gründerpreis für Migranten oder Stipendien für besonders begabte Migranten? Nicht immer muss dies durch die Stadt geschehen. Unser Ziel wird es sein, das volle Potential aller Menschen in unserer Stadt zu heben und sie zu befähigen, das Beste aus sich und für ihre Mitmenschen zu machen – egal woher sie oder ihre Vorfahren kamen.

Jugend

Jugend braucht Freiräume, will aber auch gefordert werden.
Die einseitige Sicht der Verwaltung auf Jugendliche, „die irgendwie betreut werden müssen", wollen wir stärker in Richtung Aktivierung zum Engagement für die Gemeinschaft verschieben.
Das Kinder- und Jugendbüro macht in diesem Zusammenhang schon gute Arbeit und wird von uns in Zukunft stärker als bisher unterstützt. Die Schaffung eines Jugendparlamentes lehnen wir ab, da wir eine projektbezogene Aktivierung von Jugendlichen für vielversprechender halten.
Der Verein Auszeit e.V. macht im Bereich der Jugendarbeit seit Jahren in Rüsselsheim eine sehr gute Arbeit. Wir werden diese weiter fördern.
Allerdings fragen wir uns schon, ob es nach all den Jahren nicht fairer wäre, die Mitarbeiter von Auszeit direkt bei der Stadt anzustellen. Das derzeitige Konstrukt scheint uns reichlich undurchsichtig und für die Mitarbeiter nicht wirklich fair.

Die senioren- und behindertengerechte Stadt - barrierefrei, sauber und sicher

Wir verdanken den älteren Generationen in unserer Stadt viel. Ihnen gehört unser Respekt und die Anerkennung, die sie sich durch ihre Lebensleistung verdient haben.
Wir sehen eine unserer wichtigsten Aufgaben darin, allen Menschen in Rüsselsheim die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt zu gewährleisten. Gerade Senioren und mobilitätseingeschränkte Personen müssen sich hierbei barrierefrei und sicher zu jeder Tages- und Nachtzeit im Stadtraum bewegen können und Hilfe erhalten, wenn sie diese benötigen.

Wir halten es nach wie vor für einen Skandal, dass immer noch keine Lösungen

für den Bahnhofs- und Löwenplatz, trotz der wiederholten Mahnungen der Behindertenbeauftragten, des Seniorenbeirates, vieler Organisationen und zahlreicher Stürze, gefunden sind. Noch immer gibt es dort zahlreiche Stolperfallen, die dringend beseitigt werden müssen.

Wir werden die Gesundheits- und Pflegeplanung fortschreiben lassen und damit ein bedarfsgerechtes Angebot an ambulanter und stationärer ärztlicher Versorgung genauso dauerhaft sicherstellen wie eine ausreichende Anzahl an Plätzen in Alten- und Pflegeheimen.

Durch die Schaffung bzw. Förderung von altersgerechten Wohnformen, z.B. Betreutes Wohnen oder Mehrgenerationenhäusern, wollen wir auch der älteren Generation möglichst lange ermöglichen, selbstbestimmt in einer gewohnten Umgebung zu bleiben. Dennoch wird dies in den meisten Fällen ab einem gewissen Alter nicht mehr möglich sein. Wo Vereinsamung und leider auch Verwahrlosung drohen, werden wir durch moderne Konzepte der aufsuchenden Sozialarbeit die Probleme offensiv angehen und nicht weiter beschönigen. Im Bereich der Pflege in den Familien werden wir für die Angehörigen eine umfangreiche Beratung zu Fördermitteln, Kurz- und Tagespflege und zu Erholungsmöglichkeiten für die Pflegenden aufbauen.

Aufstockung der Beschäftigten als Gemeindeschwester
Aufgrund dessen, dass immer ältere Mitbürger einer Betreuung bedürfen, sich aber durch die explodierenden Kosten im Sozialbereich keine Pflegeeinrichtung leisten können, ist eine Aufstockung in der Zukunft erforderlich.

Förderung der Ansiedlung von Hausärzten
Vor allem in den Stadtteilen Königstädten, Bauschheim und Hassloch besteht eine Unterversorgung von praktischen Hausärzten. Was besonders für Ältere oder bewegungseingeschränkte Patienten ein großes Problem darstellt. Hier muss die Stadt einen Anreiz schaffen, um die Ansiedlung von Hausärzten voranzutreiben.

Toiletteninfrastruktur
Wiedereinrichtung bzw. Erhalt öffentlicher Toiletten an zentralen Orten, etwa in der Innenstadt.

Obdachlose und Wohnungsnot
Durch die steigenden Mieten und den knappen Wohnraum im Rhein-Main-Gebiet nehmen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit einen immer höheren Stellenwert ein.
Es ist bezeichnend, dass wir unsere Obdachlosen derzeit an der Kläranlage unterbringen und überhaupt nicht versuchen, sie wie andere Bevölkerungsgruppen in unsere Mitte zu holen.

Die Gewobau als Wohnungsbaugesellschaft der Stadt hat eine besondere Verantwortung, schon im Vorfeld bei der Vermeidung von Obdachlosigkeit zu helfen.
Wir werden prüfen, wie hier weitere Verbesserungen erreicht werden können.

Ehrenamtliches Engagement, Vereine und Initiativen
Als WsR sehen wir uns als Anwalt der Bürger und vertreten ihre berechtigten Forderungen nach Unterstützung durch die Stadt. Gerade im Sozialbereich können viele wichtige Hilfemaßnahmen nur stattfinden, weil sich Aktive und Ehrenamtliche oftmals bis an den Rand der Selbstausbeutung engagieren. Oftmals kann hier schon mit vergleichsweise kleinen Beträgen viel erreicht werden.

Auch im Hinblick auf die Integration von Zuwanderern ist die Unterstützung von Frauen in Rüsselsheim von zentraler Bedeutung.

Wildwasser und Pro Familia leisten hier wichtige Arbeit, die auch präventiv dabei hilft, große Not zu lindern.

Wir wollen mit beiden gemeinsam Programme zur Prävention weiter ausbauen.
Das Frauenzentrum hat uns mit seiner Arbeit für das Empowerment von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund sehr beeindruckt und ist für uns richtungsweisend, um überkommene patriarchalische Strukturen in Parallelgesellschaften aufzubrechen.
Wir haben viele Initiativen in Rüsselsheim, die sich vielfältig engagieren und oftmals auch dort soziale Hilfe leisten, wo dies auf den ersten Blick nicht gleich zu erkennen ist.

Die Mitgliedschaft in Vereinen hilft zum Beispiel dabei, ältere Menschen zu aktivieren und beugt damit auch sozialer Vereinsamung vor. Wir werden dafür sorgen, dass die Stadt diesen engagierten Menschen keine Steine mehr in den Weg legt, sondern Wege ebnet.

9. Kultur als Aushängeschild unserer Stadt

In Rüsselsheim leben hervorragende Künstler, die u.a. als Kulturpreisträger gewürdigt wurden. Diese müssen als kompetente Gesprächspartner eingebunden werden, um das Kulturprofil unserer Stadt zu prägen. Gerade sie sind hervorragend vernetzt und verfügen über die Kompetenzen, um Veranstaltungen vielfältig und hochkarätig zu besetzen. Kulturpolitik ist gerade in der heutigen Zeit zu einem großen Teil auch immer Stadtmarketing. Dies ist in den letzten Jahren in Vergessenheit geraten.

Der Kulturbereich verschlingt einen großen Teil der städtischen Mittel.
Mit dem Stadttheater, den Opel-Villen, der Musikschule und dem Stadtmuseum haben wir eine hervorragende Infrastruktur mit engagierten Mitarbeitenden, die aber unter ihren Möglichkeiten bleibt und keinen ausreichenden Beitrag zur Außenwirkung unserer Stadt leistet.
In den letzten Jahren sind gerade im Kulturbereich viele kostspielige Doppelstrukturen entstanden, die viel Geld kosten und zu unnötigen Reibungsverlusten führen. Diese Doppelstrukturen werden wir abbauen.

Wir werden uns aber auch für eine bessere Vermarktung des Kulturangebotes einsetzen, damit Interessenten überhaupt von passenden Veranstaltungen erfahren.
Der Prozess der Zusammenlegung von Kreisvolkshochschule und städtischer Vhs wurde abgebrochen, ohne die dadurch zweifellos möglichen Synergien politisch und finanziell zu bewerten.
Wir werden die losen Enden wieder aufnehmen und die in den letzten Jahren eingeschlafenen Reformprozesse mit neuem Leben füllen.

Klares Bekenntnis zum Stadttheater
In verschiedenen Debatten wurde das Stadttheater immer wieder zur Disposition gestellt. Wir erteilen allen diesen Planspielen eine klare Absage!
Das Rüsselsheimer Stadttheater muss erhalten bleiben und wird von uns gemeinsam mit den restlichen Gebäuden am Treff zu einem echten Zentrum für die Rüsselsheimer Kulturszene weiterentwickelt.
Hierzu müssen die vorhandenen Gebäude grundlegend neu strukturiert werden.
Wir werden das Stadttheater zu einem echten Treffpunkt von Kulturschaffenden und Vereinen machen.

Das Kulturzentrum Rüsselsheims ist das Stadttheater!
Klar ist aber auch, dass wir mit dem Stadttheater derzeit unter unseren Möglichkeiten bleiben. Wir haben mit diesem Gebäude zwar einen Leuchtturm, aber dieser leuchtet nicht hell genug, um die entsprechende Werbung für unsere Stadt zu machen. Wir

müssen das Stadttheater beleben und in der Region besser positionieren. Hierfür sind professionellere Strukturen als bisher notwendig.
Bei der Erstellung des Theaterprogramms werden wir für Kooperationen Sorge tragen, so dass beispielsweise prüfungsrelevante Dramen in der Oberstufe im Zweijahresrhythmus im Rhein-Main-Gebiet gesehen werden können und auch Mainzer, Frankfurter oder Darmstädter Schüler den Weg nach Rüsselsheim finden. Den Plan der Vergangenheit, dass jedes Rüsselsheimer Kind bis zum Ende der Sekundarstufe 1 wenigstens einmal in jeder Institution war, werden wir in die Tat umsetzen. Zudem werden wir auch verstärkt lokalen Akteuren Möglichkeiten der Inszenierung geben.
Wir werden die Vermarktung von Großsporthalle und Stadttheater in professionelle Hände legen, um neue Nutzungsmöglichkeiten, wie z.B. Hauptversammlungen kleiner und mittlerer Kapitalgesellschaften, zu erschließen.

Landesindustriemuseum
Wir halten die Schaffung eines Landesindustriemuseums im Opel Altwerk nach wie vor für Verfolgens wert. Die Stadt muss hier endlich aktiv werden und Wiesbaden mit konkreten Plänen zur Mitarbeit bewegen. Ein solches Projekt gemeinsam mit dem Land könnte auch der Route der Industriekultur neues Leben einhauchen.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch die große Chance, die Einrichtung einer **Jugendherberge** in Rüsselsheim auf dem Altwerksgelände endlich zu verwirklichen.

Tourismuskonzept - Wohnmobilstellplätze
Die WsR wird sich für die Umsetzung eines Tourismuskonzeptes für Rüsselsheim stark machen. Hierbei wird auch die Schaffung von modernen und bequemen Wohnmobilstellplätzen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Das derzeit bestehende Angebot am Landungsplatz ist durch die fehlende Infrastruktur für Ver- und Entsorgung und die Belastung der Anwohner durch nächtliche Aktivitäten nicht ausreichend durchdacht.

10. Klima- und Naturschutz

Klima- und Umweltfragen sind Grundfragen der Vorsorge für die Bürgerschaft! Die Überhitzung unserer Stadt durch Versiegelung und Trockenheit, die steigenden Wasserkosten, die Prävention für Extremregen und drohende Überschwemmungen müssen als Pflichtaufgaben der Stadtpolitik gesehen werden und nicht nur als Informationsvermittlung von oben nach unten.

„Nahverkehrsplan, Wärmeplanung, Gefahrenkarte Starkregen, Klimaaktionsplan, Waldkonzept, Lärmaktionsplan“ und wie die Pläne/Konzepte der vergangenen Jahre alle heißen, dürfen nicht ständig als Alibi für Nicht-Handeln genutzt werden.

Als Stadt im dichtbesiedelten Rhein-Main-Gebiet haben wir eine besondere Verantwortung für den Schutz der noch übriggebliebenen Naturräume. Nach der Erschließung der Eselswiese ist der Flächenverbrauch durch die Erschließung und Versiegelung weiterer Flächen in der Gemarkung Rüsselsheim abgeschlossen.

Das naturnahe Gebiet südlich der Autobahn A60 und südlich von Bauschheim bis zu den Gemarkungsgrenzen von Ginsheim, Astheim und Nauheim soll nicht mehr bebaut werden. Besonders schutzwürdig ist der Wüste-Forst, der gerade in der Corona-Krise seinen Wert als fußläufig gut zu erreichendes Naherholungsgebiet unter Beweis gestellt hat.

Die Baumschutzsatzung und das Einhalten von Brutzeiten bei der Grünpflege müssen auch und zuerst von der Stadt selbst eingehalten werden.

Artenvielfalt
Rüsselsheim braucht mehr als Blühwiesen. Echter Naturschutz bedeutet, Lebensräume zu erhalten, zu vernetzen und die heimische Tier- und Pflanzenwelt gezielt zu fördern. Wir wollen den Schutz der Artenvielfalt in Rüsselsheim zu einem festen Bestandteil der Stadtentwicklung machen.
Wir setzen uns für eine Biotopvernetzung ein, die Hecken, Feldgehölze, Blühstreifen und kleine Gewässer zu einem Netzwerk verbindet. So entstehen sichere Wander- und Lebensräume für Igel, Amphibien, Fledermäuse und Insekten. Auf öffentlichen Flächen, Schulhöfen und Friedhöfen sollen Nistkästen und Quartiere dort angebracht werden, wo die Umgebung dafür geeignet ist.
Auch bei der Pflege städtischer Grünflächen wollen wir neue Wege gehen: Weniger häufiges Mähen, spätere Schnittzeitpunkte und das Liegenlassen von Laub auf geeigneten Flächen schützen Bodenlebewesen, bieten Insekten Nahrung und schaffen geschützte Winterquartiere für Igel und andere Kleintiere.

Ein kommunales Artenmonitoring unter aktiver Einbeziehung von Einwohnern und Schülern soll künftig erfassen, wie sich die Artenvielfalt in Rüsselsheim entwickelt. So werden Erfolge sichtbar, und künftige Maßnahmen können gezielt geplant werden.

Gemeinsam mit den Menschen in unserer Stadt möchten wir Naturschutz praktisch erlebbar machen – durch Pflanzaktionen, Patenschaften und Umweltbildung.

Denn nur durch gemeinsames Handeln kann Rüsselsheim zu einer Stadt werden, in der Natur und Mensch im Gleichgewicht leben.

Verkehrspolitik
Die WsR setzt sich für einen gleichberechtigten Ausbau aller Verkehrsträger ein.
Als einzige politische Gruppierung in Rüsselsheim sind wir kein Feind des Individualverkehrs, sondern unterstützen die Forderung von Handel und Gewerbe nach mehr und kostengünstigeren Parkplätzen. Die Schaffung zusätzlicher, kostenfreier Kurzzeitparkplätze ist für uns ein Mittel zur erfolgreichen Wiederbelebung der Innenstadt. Hierzu zählt für uns auch die Öffnung der Löwenstraße für den Straßenverkehr.

Umso wichtiger ist es aber auch, dass Falschparken, Rasen, sinnloses Cruisen und Posen in Zukunft besser kontrolliert und konsequenter bestraft werden.
Als WsR unterstützen wir den Ausbau der E-Mobilität. In enger Absprache mit den Stadtwerken und abhängig von der Leistungsfähigkeit unseres Stromnetzes werden wir die Errichtung von privaten Ladestationen stärker unterstützen.
Das Stromnetz im Stadtgebiet muss rechtzeitig ausgebaut werden, um dem künftig steigenden Bedarf an Energie für die Elektromobilität Rechnung zu tragen.

ÖPNV
Mobilität muss für alle Einwohnerinnen und Einwohner erschwinglich sein.
Bus und Bahn sind die zentralen Verkehrsträger im Rhein-Main-Gebiet und für viele Pendler unersetzbar. Ihre Nutzung schützt das Klima und verbessert die Luftqualität.
Der öffentliche Personennahverkehr ist in Ballungsgebieten der zentrale Baustein jeder Verkehrswende. Leider wird dieser seit Jahrzehnten in Rüsselsheim mehr als stiefmütterlich behandelt, war seit jeher Steinbruch für die Haushaltskonsolidierung.

Wir werden diesen Trend umkehren.

Wir werden die Taktfrequenzen erhöhen, die Linienpläne überarbeiten (z.B. Anschluss des Stadttheaters an das Liniennetz) und die Randzeiten deutlich ausweiten. Wir werden das bestehende Netz um einen Ringverkehr erweitern, der z. B. direkte Fahrten von Bauschheim nach Königstädten ermöglicht, ohne vorher über den Rüsselsheimer Bahnhof zu fahren.

Die Ausweitung der Randzeiten und des Wochenendfahrbetriebes ist gerade für Pendler von entscheidender Bedeutung und wird von uns mit Priorität umgesetzt werden

Vernetzung der Busverbindungen
Nicht nur die Rüsselsheimer Stadtteile müssen besser miteinander vernetzt werden, sondern auch die Verbindungen nach Nauheim, Ginsheim, Bischofsheim und Raunheim. Dadurch ist eine Verbesserung der Erreichbarkeit vor allem für ältere Personen von z.B. Ärzten und Einkaufszentren und für Schüler zum Schulbesuch von weiterführenden Schulen gegeben. Gleichzeitig erfolgt eine Reduzierung des Individualverkehrs.

Grundwasserschutz
Rüsselsheim hat an vielen Stellen erhebliche Probleme mit der Qualität des Grundwassers.
Beispielhaft seien hier nur die Nitratbelastung in Bauschheim, die den zulässigen EU-Grenzwert um das Dreifache überschreitet und die Belastung im Bereich der Böllensee-Siedlung durch die ehemalige Opel Wäscherei mit Kohlenwasserstoffen genannt.
Derzeit verweist das Umweltamt Rüsselsheim bei Fragen zum Grundwasser an das Regierungspräsidium Darmstadt. Wir werden im Umweltamt eine „Kompetenzstelle Grundwasser“ schaffen, die Daten über die Qualität des Grundwassers zusammenträgt und einen jährlichen Grundwasserbericht erstellt. Außerdem wird diese Landwirte und Privatleute zum Thema Grundwasserschutz beraten und aufklären.

Erhalt von Grünflächen und Spielplätzen
Durch Nachverdichtung und Umwidmung sind in den letzten Jahren viele kleinere Grünflächen im Stadtgebiet vernichtet worden. Teilweise wurden diese sogar, wie im Burggrafenlacher Weg, in Parkplätze umgewandelt und teilweise versiegelt.
Diese Grünanlagen sind aber als Klimainseln für ein positives Mikroklima vor dem Hintergrund des Klimawandels in der Stadt unerlässlich. Wir werden ein besonderes Augenmerk auf den Erhalt dieser Flächen legen und sie schrittweise auch zu Insektenschutzgebieten weiterentwickeln.
Ebenso wurden in den vergangenen Jahren einige Spielplätze bebaut oder teilbebaut. Diese Praxis werden wir beenden. Gerade im Hasengrund sind dieser Praxis zwei große Spielplätze zum Opfer gefallen. Wir werden den Erhalt aller Spielplätze mit ihren derzeitigen Flächen garantieren und diese schrittweise auch mit behindertengerechten Spielgeräten ausstatten.

Ostpark
Durch mangelhafte Pflege sind Ostpark und alter Waldfriedhof seit den 90er Jahren des vorherigen Jahrhunderts einem konstanten Verfall ausgesetzt. Hinzu kommen in den letzten Jahren verstärkt Schäden am Baumbestand durch den Klimawandel. Erst in den letzten Jahren hat die Stadt auf Initiative der WsR zaghaft auf diese Entwicklung reagiert und

begonnen, Bäume nachzupflanzen, Wege zu sanieren und sich Gedanken über eine denkmalgerechte Sanierung der Friedhofsgebäude zu machen. Diese Maßnahmen können so aber nur Stückwerk bleiben und werden größtenteils durch die rücksichtlos durchgeführten „Forstarbeiten“ wieder zunichtegemacht.

Als WsR werden wir den Ostpark aus der Waldbewirtschaftung herausnehmen und ein Parkpflegewerk erstellen, damit der Ostpark zukünftig unter Gesichtspunkten einer Parkanlage gepflegt werden kann. In diesem Gesamtkonzept werden wir der baulichen Sanierung und der Neubepflanzung Priorität einräumen und sie verantwortungsvoll bis zum Ende der Legislatur abschließen, um die Aufenthaltsqualität deutlich zu erhöhen. Zudem werden wir gemeinsam mit der Polizei die Sicherheit im Ostpark deutlich erhöhen und Angsträume durch Beleuchtung und bauliche Veränderungen entschärfen.

Der Ostpark muss auch für kommende Generationen die „grüne Lunge“ Rüsselsheims bleiben und ein wieder gern aufgesuchtes Naherholungsgebiet werden. Eine Nutzung, auch nur von Teilen, für Kitas und Gemeinschaftsunterkünfte lehnen wir ab.

Verna-Park
Der Verna-Park ist sowohl kulturhistorisch als auch ökologisch ein Juwel im Zentrum unserer Stadt. Beides gilt es zu erhalten und für kommende Generationen zu bewahren.

Dies muss eine Nutzung des Parks für Veranstaltungen aber nicht ausschließen.
Sowohl das Klassiker-Treffen als auch der Weihnachtsmarkt und der Kunsthandwerkermarkt erfreuten sich großer Beliebtheit und haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, den Verna-Park wieder ins Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten zu rücken. Dieses Bewusstsein für die Parkanlage ist ebenso wichtig wie ihre bauliche Erhaltung. Wir haben schon vor einigen Jahren beantragt, die Wege und Standflächen des Parkes so zu ertüchtigen, dass sie auch eine Veranstaltung wie den Weihnachtsmarkt bei feuchtem Untergrund im Winter erlauben, ohne die historische Substanz oder die Bepflanzung zu schädigen. Wir werden in der nächsten Legislatur darauf hinwirken, den Verna-Park so vorzubereiten, dass dort Veranstaltungen nachhaltig und ökologisch unabhängig von der Witterung durchführbar sind.
Besonders am Herzen liegt uns die sinnvolle Nutzung der aufwendig sanierten Mühle im Stadtpark.

Mainvorland
Ähnlich passiv wie beim Segmented Approach hat sich der Magistrat bei den Festlegungen im Flächennutzungsplan für das Mainvorland verhalten. Es findet in den Plänen eine komplette planungsrechtliche Blockade des Mainvorlands statt, die jegliche Form von Veranstaltungen weitestgehend ausschließt. Hier hätte die Stadt sensibel vorgehen müssen und mit den übergeordneten Behörden ein Konzept für umweltschonende und mit

den Auflagen im Einklang stehende Nutzungen entwickeln müssen. Die WsR wird sich dafür einsetzen, dass dies nachgeholt wird. Damit die Stadt ihren Anspruch "Rüsselsheim am Main" erfüllt.

Das Mainvorland hat gemeinsam mit der Promenade am Landungsplatz eine wichtige Funktion als Naherholungsgebiet, die es zu erhalten gilt. Veranstaltungen auf dem Mainvorland müssen dennoch im vertretbaren Rahmen wieder möglich werden.

Tierschutz
Haustiere, egal welche Tierart, müssen nicht nur vor Verwahrlosung und Missbrauch geschützt werden, sondern sind auch für immer mehr alleinstehende Personen ein wichtiger sozialer Halt und manchmal der einzige Gesprächspartner.

Tierschutz verstehen wir aber nicht nur als Schutz von Tieren, sondern auch als Schutz vor Tieren. Marodierende Wildschweinhorden bis hin in Gärten und Fußgängerzonen, aber auch Ratten, müssen konsequent eingedämmt werden.

Lärm und Fluglärm
Die WsR setzt sich seit Bekanntwerden der Pläne zum "Segmented Approach" (Landeanflug von Süd-Westen in Kurven über Rüsselsheim einschwenkend) dafür ein, dass die Route verlegt wird. Von dem Fluglärm, der mit diesem Anflugverfahren insbesondere in den späten Abendstunden und Morgenstunden verbunden ist, ist vor allem Bauschheim betroffen. Aber im weiteren Verlauf der Route sind die B-Siedlung, das Opel-Altwerk (die Entwicklung der Motorworld) betroffen, sowie die Innenstadtbereiche von der Weisenauer über die Mainzer Straße bis zum Verna-Park, wo die Route auf die Hauptanflugroute von Mainz kommend einschwenkt. Dies hat der Magistrat jahrelang nicht wahrhaben wollen.

Jetzt, wo der Segmented Approach in den Regelbetrieb übergehen soll, wird der Oberbürgermeister endlich aktiv und bemüht sich um eine Verlegung der Route. Dabei hat er womöglich schlechte Karten. Denn der im Herbst 2025 zur Offenlegung gebrachte Regionalplan Südhessen und Regionale Flächennutzungsplan für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main weist die auf der Route des Segmented Approach liegenden Flächen des Opel-Werks weiterhin durchgehend als "Gewerbliche Baufläche" aus. Die geplante städtebauliche Entwicklung von Rüsselsheim West ist nicht sichtbar. Damit bieten sich keine Anhaltspunkte, warum die Routenführung des Segmented Approach aus Lärmschutzgründen auf diese Gebiete Rücksicht nehmen sollte.

Die WsR hat bewirkt, dass sich der Magistrat in letzter Minute mit dem Regionalplan und Flächennutzungsplan befasst und eine Stellungnahme mit den von der Stadt geplanten Entwicklungen abgibt. Dies ist deshalb so wichtig, weil sich die Luftfahrtbehörden bei der

Beurteilung von Flugrouten hinsichtlich Fluglärms durchweg auf aktuelles Kartenmaterial beschränken kann, das Aufschluss über die Siedlungsstruktur und den Kreis potenzieller Lärmbetroffener bietet. Deshalb müssen die Pläne der Stadt, z.B. der Bebauungsplan "Mainzer Straße Nord" inkl. der Alten Schmiede, in den übergeordneten Karten dokumentiert sein.

Beteiligung von Ehrenamtlichen und Verbänden

Rüsselsheim hat viele Aktive im Bereich des Umweltschutzes. Diese gilt es wieder ernst zu nehmen und an wichtigen Entscheidungen zu beteiligen. Wie in anderen Bereichen wollen wir auch hier die vorhandene Kompetenz vor Ort nutzen und uns nicht auf Gutachten externer Beraterfirmen verlassen. Sowohl den Naturschutzbeirat als auch die Naturschutzverbände werden wir in Zukunft wieder ernst nehmen und an den Prozessen beteiligen. Das vorhandene Fachwissen der Jägerschaft in Rüsselsheim werden wir in Zukunft verstärkt nutzen.